

So schaffen wir den Aufschwung

Am 17. Januar 1983 haben die Führungsgremien der CDU und CSU das Wahlprogramm 1983 „Arbeit, Frieden, Zukunft, miteinander schaffen wir's“ einstimmig verabschiedet. Das gemeinsame Wahlprogramm ist ein Fahrplan für den wirtschaftlichen Aufschwung und eine Kampfansage an die Arbeitslosigkeit. Das alles beherrschende Problem ist die Überwindung der uns von der SPD hinterlassenen, schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1948. Dafür hat die neue Regierung die Weichen gestellt.

Programm für den Aufschwung

Die Regierung Helmut Kohl hat ihr Dringlichkeitsprogramm verwirklicht. Es stellt die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Wir wissen: keine Politik kann die gewaltigen Hypotheken der Vergangenheit kurzfristig tilgen.

Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben aber auch nichts auf morgen, was wir heute leisten können.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben:

- mit einem soliden Haushalt die finanzpolitische Wende eingeleitet;
- dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben;
- kleine und mittlere Betriebe steuerlich entlastet;
- die Rentenversicherung vor dem Zusammenbruch gerettet;
- die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt.

Die dramatische Situation, die die SPD verschuldet hat, erfordert besondere Maßnahmen.

Die Steuer- und Abgabenlast ist in den letzten Jahren für Arbeitnehmer und Betriebe ständig gewachsen. Durch eine Politik der Wirtschaftsbelebung und der Sparsamkeit wollen wir diese Entwicklung beenden und gezielte steuerliche Entlastungen ermöglichen. Wir werden:

1. ab 1. Januar 1984 vor allem für den Mittelstand die ertragsunabhängigen Steuern senken,
2. die rechtlichen und steuerlichen Bedingungen für Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbessern und
3. die Leistung der Familien wie der alleinerziehenden Mütter und Väter für ihre Kinder steuerlich wirksamer berücksichtigen.
4. Wir werden einen neuen, die Bürger entlastenden Tarif für die Lohn- und Einkommensteuer vorbereiten. Er soll in Kraft gesetzt werden, sobald die vorrangige Aufgabe einer erheblichen Verringerung der Neuverschuldung gelöst ist.

5. Wir werden parallel zur Entlastung der Betriebe Steuersubventionen abbauen. Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsformen sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen.
6. Wir werden bessere steuerliche Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattungen und Investitionsfähigkeit der Unternehmen schaffen.
7. Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfeabgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern.
8. Wir bekämpfen Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen.

Wer — wie die Rot-Grünen — Wirtschaftswachstum bekämpft, zerstört Arbeitsplätze und den sozialen Frieden.

Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wissen, daß sich Leistung wieder lohnt, wenn sie Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt.

Arbeitsplätze entstehen dann, wenn Kapital gebildet wird, Investitionen ermöglicht werden und so Nachfrage geschaffen wird.

CDU fördert Vermögensbildung

Die CDU wird in der neuen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einbringen mit dem Ziel, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand auszubauen. Die CDU/CSU orientiert sich dabei an folgenden Leitlinien:

1. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollen so verbessert werden, daß die Anlage in Produktivkapital für den Arbeitnehmer interessanter wird.
2. Die Anlagemöglichkeiten sollen im Rahmen des 624-DM-Gesetzes erweitert werden.
3. Es soll völlige Wahlfreiheit und Freiwilligkeit für den Arbeitnehmer einerseits bestehen, wo und wie er sein Geld anlegen will und für den Arbeitgeber andererseits, ob er seine Mitarbeiter am Unternehmen beteiligen will.
4. Die Tarifparteien werden aufgefordert, in die Tarifverhandlungen auch vermögenspolitische Vereinbarungen einzubeziehen.

Qualitative Arbeitsmarktpolitik

Wir werden den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten.

Wir wollen, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dazu werden wir mehr Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung ermöglichen. Wir rufen die Tarifpartner auf, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

Wir wollen eine flexiblere Lebensarbeitszeit. Derjenige, der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, soll dazu die Möglichkeit erhalten, ohne daß dadurch

die Gesamtbelastung der Solidargemeinschaft und der Wirtschaft erhöht wird. Die Tarifpartner sollten diese Lösung unterstützen. Wer länger arbeiten will, muß dazu die Möglichkeit haben.

Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit

Wir werden neue Lösungen entwickeln, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen und um das Angebot an Ausbildungsplätzen zu erweitern:

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, das Betriebe im Ausbildungsverbund zusammenarbeiten und so zusätzliche Plätze anbieten können. Die vorhandenen Ausbildungskapazitäten müssen — auch durch neue Wege — voll ausgelastet werden. Wir werden die Förderungsmöglichkeiten des Bundes auch dazu einsetzen, daß heimatferne Ausbildungsmöglichkeiten genutzt werden können, um der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit begegnen zu können. Das Programm zur Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen wird weiter ausgebaut werden.

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um in ihrem Bereich noch mehr Ausbildungsplätze als bisher bereitzustellen. Trotz der schwierigen finanziellen Situation und der seit 1981 festgeschriebenen Regelung in jedem Jahr die Planstellen des Bundes um 1% abzubauen, soll das Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen ausgeweitet werden.

Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Bundesregierung hat für das Jahr 1983 die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhöht. Sie betragen jetzt 1,3 Milliarden DM. Damit können in diesem Jahr zusätzlich 56 000 Arbeitslose eine Stelle erhalten. Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können Arbeiten gefördert werden, die im öffentlichen Interesse liegen und sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden.

Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft und Sanierung der Staatsfinanzen

Die ersten Erfolge unserer Politik werden sichtbar.

Aufschwung im Wohnungsbau

Die von der Regierungskoalition verabschiedeten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus zeigen nach 3 Monaten erste überzeugende Erfolge. In Frankfurt am Main zeichnet sich nach den Angaben von Oberbürgermeister Walter Wallmann bei den Eingängen von Bauanträgen ein Boom ab. Betrug das Volumen der Bauanträge von Januar bis September 1982, also bis zum Regierungswechsel, 826 Millionen DM, so waren es in der Zeit von Oktober bis Dezember 1982, mit dem Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl, 1,3 Milliarden DM.

Aber nicht nur in Frankfurt am Main zeichnet sich diese positive Entwicklung im Bau-sektor ab. In Städten wie Stuttgart, Düsseldorf oder Köln sind ähnliche Entwicklungen zu verzeichnen.

Zur Ankurbelung des Mietwohnungsbaus hat die Bundesregierung zusätzlich 2 Milliarden DM bereitgestellt, so daß für die Jahre 1983 und 1984 rund 4,4 Milliarden für den sozialen Mietwohnungsbau zur Verfügung stehen.

Den Eigenheimbauern stellt die Bundesregierung für die Bausparzwischenfinanzierung 550 Millionen DM zur Verfügung. Die Häuslebauer in Baden-Württemberg haben die ihnen zur Verfügung stehende Summe bereits zu 100 Prozent ausgeschöpft.

Auch Bayern und Rheinland-Pfälzer nutzen über die Bausparzwischenfinanzierung die Möglichkeit, den Eigenheimbau voranzutreiben.

Auch die günstige Zinsentwicklung, die nur aufgrund der überzeugenden Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung möglich ist, wirkt sich im Wohnungsbau positiv aus.

Trotz aller Panikmache und trotz aller Verleumdungen der SPD tritt im Schlüsselsektor Bauwirtschaft bereits nach 3 Monaten unionsgeführter Regierung eine deutlich spürbare Verbesserung auf.

Unter der Regierungsverantwortung der SPD ist der Mietwohnungsbau sträflich vernachlässigt worden.

Freifinanzierte Mietwohnungen wurden mangels Wirtschaftlichkeit nicht mehr gebaut.

Die SPD war nicht in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen, um die dringendsten Probleme im Wohnungsbau zu lösen. Die eigentlichen Geschädigten der SPD-Politik waren die Wohnungssuchenden.

Die Ausnutzung der Finanzierungsangebote zeigt, daß die Bürger auf Maßnahmen zum Wohnungsbau aus Bonn gewartet haben. Wurde unter Altkanzler Schmidt nur geredet, so hat Bundeskanzler Helmut Kohl gehandelt. Der Aufschwung im Wohnungsbau sichert im Baugewerbe rund 200 000 bislang gefährdete Arbeitsplätze.

Belebung der Investitionen und der Nachfrage

Durch die Maßnahmen der Bundesregierung sind die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung günstiger geworden. Die Fakten belegen, daß die Menschen wieder Vertrauen fassen und die Wirtschaft in Fahrt kommt:

- Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind im November 1982 saisonbereinigt deutlich gestiegen. Sie waren um rund 6 Prozent höher als im Durchschnitt der Monate September/Oktober; vor allem die Inlandsnachfrage hat kräftig zugenommen, wobei Großaufträge an das Investitionsgütergewerbe den Ausschlag gaben; aber auch im Grundstoffsektor sowie im Verbrauchsgütergewerbe gingen im November saisonbereinigt mehr Bestellungen ein als im vorangegangenen Zweimonatsabschnitt.
- Auch auf der Nachfrageseite gibt es eine Belebung. Der private Verbrauch nimmt zu. Davon profitierten vor allem die Hersteller von Personenkraftwagen.

Steigerung des Geldwertes

Die Preisberuhigung ist vorangekommen. Die Inflationsrate sinkt. Der Vorjahresabstand der Lebenshaltungskosten ging im Dezember auf plus 4,6 Prozent, die niedrigste

Rate seit über 3 Jahren, zurück. Ende 1983 kann mit einer drei vor dem Komma gerechnet werden. Auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte gingen deutlich zurück.

Der Kurs des US-Dollars stabilisierte sich, die Benzin- und Heizölpreise bröckeln ab.

Sinkende Zinsen

Die Zinsen sinken auf breiter Front. Seit Oktober hat die Bundesbank die Leitzinsen zweimal um jeweils 1 Prozent gesenkt. Zinssenkungen sind auf Dauer das beste Investitions- und Beschäftigungsprogramm: 1 Prozent Zinssenkung entlastet die Wirtschaft um 7 bis 8 Milliarden Mark. Auch Eigenheimbesitzer und private Bauherren werden spürbar entlastet.

1 Prozent niedrigere Hypothekenzinsen bedeuten für den durchschnittlichen Eigenheimbauer bis 150 DM monatliche Entlastung. Konsumentenkredite beginnen wieder erschwinglich zu werden.

Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts

Der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts hat erhebliche Fortschritte gemacht. Nachdem die Bundesrepublik im Jahre 1980 noch mit fast 30 Milliarden Mark das höchste Leistungsbilanzdefizit aller westlichen Industrieländer aufgewiesen hatte, ist für 1982 wieder mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Aufgrund dieser, wieder günstigen Gesamtkonstellation hat auch die DM spürbar an Stärke gegenüber den anderen Währungen gewonnen.

Erste Schritte zur Sanierung des Bundeshaushalts

Die SPD, deren Regierungsweg durch Rentenbetrug und Schuldenlüge gekennzeichnet war, hat sich mit einer gigantischen Haushaltslüge aus der Regierung verabschiedet. Der Haushaltsentwurf der alten SPD-Regierung wies für 1983 eine Neuverschuldung von 28,4 Milliarden Mark aus. Der Kassensturz von Gerhard Stoltenberg zeigte aber, daß die SPD uns in Wirklichkeit ein Defizit von rund 55 Milliarden Mark hinterlassen hatte.

Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Haushalt für 1983 in nur zweieinhalb Wochen das Defizit von 55 Milliarden auf 41,5 Milliarden Mark gesenkt, sie hat also Einsparungen in Höhe von 13,5 Milliarden Mark verwirklicht.

Trotzdem konnten die Investitionsausgaben im Bundeshaushalt um über 500 Millionen DM aufgestockt werden.

Durch das Haushaltsbegleitgesetz haben wir die Haushalte von Ländern und Gemeinden gleichzeitig auf der Ausgabenseite um über 3 Milliarden DM entlastet und ihre Einnahmesituation um 2,8 Milliarden DM verbessert.

Dies war ein erster Schritt, weitere werden folgen. Aber schon die jetzt beschlossenen Maßnahmen bringen für die Jahre ab 1984 eine noch höhere Entlastung, weil viele der getroffenen Maßnahmen erst ab 1984 voll im ganzen Jahr wirksam werden.

Diese Erfolge zeigen, daß die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl in der Lage ist, das Steuer in der Wirtschafts- und Finanzpolitik herumzureißen. Diese Politik verdient über den 6. März hinaus das Vertrauen der Bürger.

SPD-Politik: Der Weg ins wirtschaftliche und finanzielle Chaos

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit über die 2-Millionen-Marke, die hohe Zahl der Kurzarbeiter, die kritische Lage zahlreicher Unternehmen sowie die Erschütterung der finanziellen Grundlagen des Staates und der Sozialversicherung sind sichtbarer Ausdruck für die schwere Erblast, die die neue Bundesregierung übernehmen mußte.

Die heutige Wachstums- und Beschäftigungskrise belegt, daß die SPD in den vergangenen 13 Jahren die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Substanz der Bundesrepublik Deutschland in unverantwortlicher Weise geschwächt und erschüttert hat.

Eine falsche, von den Sozialisten geförderte Staatsgläubigkeit hat zu einer Versorgungsmentalität, zum Subventionsdenken und zu einer Verbürokratisierung vieler Lebensbereiche geführt.

Die Belastbarkeit der Wirtschaft und der Arbeitnehmer wurde zuerst getestet und dann weit überschritten, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf Dauer überfordert. Der Sozialen Marktwirtschaft wurden staatsdirigistische Fesseln angelegt, der ordnungspolitische Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik vernachlässigt.

Das Ergebnis dieser Politik besteht aus der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik, der größten Zahl von Konkursen und Betriebsschließungen seit 1948 und der gewaltigsten Schuldenlast, die es in der deutschen Geschichte je in Friedenszeiten gab.

Eckdaten der „Erbschaftsbilanzen“ 1969 und 1982

	1969	1982
Reale Investitionsquote der Volkswirtschaft	25,8	knapp 20
darunter: private Investitionen	21,8	16
Preissteigerungsrate	+ 1,9	+ 5
Firmenzusammenbrüche	2 500	15 000
Arbeitslose in Tsd. (Jahresende)	192	2 223
Arbeitslosenquote in Prozent	0,9	9,1
offene Stellen in Tsd.	672	58
Schuldenstand des Bundes (Mrd. DM)	45,2	308,5

Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit

Seit einer Reihe von Jahren wachsen die Investitionen langsamer als das Bruttosozialprodukt, so daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote derzeit nur noch bei knapp 20 Prozent liegt, während sie 1969 noch 25,8 Prozent betrug. Diese Entwicklung führte zwangsläufig zu Einbußen an Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, unter anderem weil das Durchschnittsalter der industriellen Anlagen gewachsen ist und die Produktivität sich dadurch verringerte.

Ausweitung der Aufgaben und Ausgaben des Staates

Während einerseits die Investitionsfähigkeit und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nachließ, weitete der Staat seine Ausgaben, insbesondere für Sozialleistungen und im Personalbereich, überdurchschnittlich aus. Das spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Staatsquote, d. h. dem Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt, wider.

So stieg der Staatsanteil von 39,0 Prozent in 1969 um 11 Prozentpunkte auf rund 50 Prozent im Jahr 1982. Damit werden 1982 — bezogen auf das heutige Bruttosozialprodukt — rund 180 Milliarden DM mehr über öffentliche Haushalte ausgegeben als 1969.

Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

In ihren Regierungsjahren hat die SPD immer wieder behauptet, ihre Finanzpolitik sei solide, das soziale Netz sei gesichert und werde noch dichter geknüpft. Dem sogenannten kleinen Mann hat sie versprochen, ihn zu entlasten und die Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen.

Tatsächlich hat ihre überzogene Ausgabenpolitik dazu geführt, daß die Abgabenbelastung der Bürger gestiegen ist und gleichzeitig der Marsch in die Verschuldung fortgesetzt wurde.

Der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt ist von 37,4 Prozent im Jahre 1969 auf 42,5 Prozent im Jahre 1982 angestiegen. Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß ein Facharbeiter heute durchschnittlich über 60 Pfennige an Staat und Sozialversicherung abliefern.

Explosion der Staatsverschuldung

Obwohl die SPD den Bürgern in Form von Steuern und Abgaben immer mehr Geld aus der Tasche zog, kam sie mit diesem Geld nicht aus. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staates öffnete sich immer mehr. Das Finanzierungsdefizit des Staates ist deutlich angestiegen und liegt heute bei über 75 Milliarden DM, während der Staat im Jahre 1969 einen Finanzierungsüberschuß von über 2,5 Milliarden DM hatte.

Als Folge der hohen Staatsverschuldung sind die Zinslasten der öffentlichen Haushalte, insbesondere aber des Bundeshaushaltes, gewaltig gewachsen. Während die Zinsausgaben des Bundes 1969 noch bei 2,7 Prozent der Gesamtausgaben lagen, belief sich der Anteil 1982 bereits auf 9,1 Prozent der Gesamtausgaben.

SPD verschärft die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit

Mit ihrem Wahlprogramm von Dortmund zeigt die SPD, daß sie aus ihren Fehlern, die zu Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und Firmenpleiten geführt haben, nichts gelernt hat.

Die Sozialdemokraten sind zu Gefälligkeitsdemokraten geworden: Sie versprechen allen alles, wollen noch mehr Schulden machen, die Zinsen wieder hochjagen und so den beginnenden Aufschwung abwürgen. Die SPD propagiert weiter ihre alten Wirtschaftsrezepte, die unser Land in die Krise geführt haben.

SPD setzt die Schuldenmacherei fort

Der SPD-Kandidat Vogel will alle notwendigen Sparmaßnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft wieder rückgängig machen und neue nutzlose Milliardenprogramme des Staates auflegen. Die Folge: hohe Staatsverschuldung, hohe Zinsen, keine Investitionen der Wirtschaft, mehr Arbeitslose.

SPD würgt den Wohnungsbau ab

Der SPD-Kandidat Vogel will das neue, verbesserte Mietrecht wieder rückgängig machen und lehnt die Wohnungsbaupolitik der Regierung Helmut Kohl ab.

Die Folge: Der Aufschwung in der Bauwirtschaft, und damit auch in anderen Wirtschaftszweigen, wird abgewürgt; es gibt weniger Wohnungen, die Mieten steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Allein für die Leute im Baubereich bedeutet die Vogelpolitik 200 000 Arbeitslose mehr.

SPD verhindert Zukunftstechnik

Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien — z. B. im Energie- und Medienbereich blockieren.

Die Folge: 100 000 neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen können nicht geschaffen werden, und die deutsche Industrie wird zweitklassig.

Das rot-grüne Bündnis gefährdet unseren Wohlstand

Der SPD-Kandidat Vogel will sich mit den Stimmen der Grünen zum Kanzler wählen lassen; er ist bereit, mit den grünen Maschinenstürmern gemeinsame Sache zu machen.

Jeder muß wissen, was das bedeutet:

Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose.

Wer so redet und handelt wie die SPD, der gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung, den inneren Frieden und unsere gemeinsame Zukunft. Deshalb ist die SPD nicht regierungsfähig.